

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d



## Inhalt

40. Jahrgang / 20

29. Januar 1985

Karl Weinhofer MdB, Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, bilanziert die Haltung des Bundeskanzlers zu Unternehmern und Rentnern: Spendieren und Pumpen.

Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB befaßt sich mit den Rotationsvorhaben der Grünen: Schwerwiegender Verfassungsbruch. Seite 3

Hans Werner Loew MdL, Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, verurteilt eine Anordnung der bayerischen Staatsregierung, die Beamten den Umgang mit SPD-Politikern untersagt: "Kontaktsperre" zur Opposition. Seite 4

### Dokumentation

Dr. Bruno Kreisky, Altbundeskanzler der Republik Österreich und Ehrenvorsitzender der SPÖ, wurde vor kurzem in Neu Delhi mit dem Nehru-Preis ausgezeichnet. Aus der Rede, die Kreisky bei dieser Gelegenheit hielt, dokumentieren wir jenen Teil, der sich mit den internationalen Beziehungen befaßt.

Seite 5

### Des Kanzlers neue Kleider

-----  
Spendierhose bei Unternehmern, Pumphose bei Rentnern

Von Karl Weinhofer MdB  
Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Je nachdem, wen er vor sich hat, präsentiert sich der Bundeskanzler in politischer Mimikry. Bei den Unternehmern und Großbauern zieht sich der Kanzler die Spendierhosen an, verteilt die Subventionen wie die Dukatenesel persönlich, als hätte es nie Diskussionen bei der CDU/CSU über den linearen Subventionsabbau gegeben.

Geht es darum, daß mit hundertsteil Prozenten bei den Rentnern kein guter Eindruck zu machen ist, wie selbst die Bayerische Staatszeitung in ihrer Ausgabe vom 18. Januar 1985 schreibt, dann wird deutlich, daß der Kanzler die Rentner mit der Pumphose narrt.

Die Rentenfinanzen sind "christlich" abgewirtschaftet, die Kassen leer, die Rentenzahlungen im November 1984 erstmals gepumpt und mit der Aussicht auf Wiederholung im Jahr 1985.

Die vorgeschlagene Aufbesserung um ein mageres halbes Prozent auf die anvisierten 1,2 Prozent Rentenerhöhung ist nicht mehr als Kleingeld, weil es bei einer Rente von 900 DM eine zusätzliche Erhöhung von 4,50 DM bedeutet.

Wahrlich, bei dieser Regierung wird der soziale Anstand verletzt, das soziale Wohlbefinden unseres Volkes zerstört.

Einen anderen Umgang mit Steuermitteln beweist die Regierung im Bereich der Subventionspolitik. Hier folgten die Taten nicht den Worten. Lauthals verkündete sie vor den

Verlag:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 1

Presse für Umwelt  
mit dem Öko-Richtungs  
Rechtspapier



Wahlen, daß die Staatsfinanzen saniert, das Subventionsunwesen abgebaut, der Steuer- und Abgabenschwengel gelichtet werde. Was hier abläuft, ist schlicht als Wählerbetrug zu bezeichnen.

- Von der nicht-rückzahlbaren Ergänzungsabgabe ist nichts als die leere Versprechung übriggeblieben. Eine Ersatzlösung, die einen Krisenbeitrag der Besserverdienenden vorsähe, ist trotz langer Diskussionen nicht mehr vorgesehen.
- Stattdessen wurden über eine großangelegte Vermögenssteuersenkung in erster Linie Großunternehmen beschenkt.
- Als "Ausgleich" für kleine und mittlere Unternehmen wurden Sonderabschreibungsmöglichkeiten für neue bewegliche Wirtschaftsgüter gewährt. Selbst in Publikationen der Unternehmer wird dies nicht mehr als Maßnahme zur Herstellung der Gleichberechtigung oder Entdiskriminierung des Mittelstandes angesehen, sondern als solche der Bevorzugung. Den Steuerzahler kostet das alleine 1985 eine Milliarde DM.
- Reiche Bauherren wurden mit der Absetzbarkeit von Schuldzinsen in Höhe von bis zu 10.000 DM im Jahr für bis 1986 neugebaute Häuser und Eigentumswohnungen bedacht. Was jedem Bauherrn etwa 5.000 DM jährlich an Steuerersparnis einbringt, kostet den Steuerzahler 1985 1,8 Milliarden DM.
- Mit der sogenannten Insolvenzrücklage für Unternehmen, die ein insolvenzgefährdetes anderes Unternehmen vor dem Konkurs retten, zahlt die Bundesregierung mittlerweile sogar Fusionsprämien, gerät in die gefährliche Nähe eines Verstoßes gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Kosten 1985: 600 Millionen DM. Zahlungsempfänger dürften ausschließlich Großbetriebe sein, die bei der augenblicklichen Konjunkturlage ausschließlich zu derartigen Übernahmen in der Lage wären.
- Etwa 300 Millionen DM im Jahr darf der Steuerzahler zusätzlich für Sonderabschreibungsmöglichkeiten für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen aufbringen. Unternehmerzeitschriften haben dieses Extrabonbon schon jetzt unter dem Stichwort "Mitnahmeeffekt" abgehakt.
- 450 Millionen DM kostet die Erhöhung der Investitionszulage in der Eisen- und Stahlindustrie.
- Die verfehlte Agrarpolitik des Herrn Kiechle schließlich belastet den Steuersäckel mit zusätzlichen 2,6 Milliarden DM (Erhöhung der Vorsteuerpauschale in der Landwirtschaft). Profitieren werden davon alleine die Großbauern.

Mit diesen Subventionen in Höhe von 7,1 Milliarden DM allein für das Jahr 1985 ließe sich das Loch in der Rentenversicherung stopfen und auch die Finanzierung für das Teilhabemodell der SPD wäre gesichert. Nur, es fehlt dieser Bundesregierung am Willen und an der Bereitschaft, auf das soziale Wohlbefinden der Rentner zu achten. Ihr liegt mehr am finanziellen Wohlbefinden der Unternehmer und Großbauern.

(-/29.1.1985/rs/ks)

+ + +



**Schwerer Verfassungsbruch**  
-----

Die Rotation der Grünen geht das gesamte Parlament an und kann nicht einfach hingenommen werden

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Wenn die Bundestagsfraktion der Grünen heute die Rotation endgültig einleitet, bewegen sie sich auf einen schwerwiegenden Verfassungsbruch zu. Die beabsichtigte Erklärung von Grünen-Abgeordneten, sie würden ihr Mandat aus freier Gewissensentscheidung niederlegen, wird bei den meisten von ihnen geheuchelt sein.

In Wahrheit hat die Mehrheit der Fraktion diese Entscheidung von Parteibeschlüssen abhängig gemacht. Andere gehen von der taktischen Hoffnung aus, sich eine Wiederaufstellung als Kandidat für den nächsten Bundestag zu "verdienen", indem sie wider ihre tatsächliche Überzeugung das Rotationsverlangen erfüllen. Das Bundestagspräsidium muß jetzt zunächst einmal seine Verantwortung wahrnehmen, auf diesen für eine parlamentarische Demokratie würdelosen Vorgang angemessen und deutlich zu reagieren.

Die Rotation von Abgeordneten der Grünen ist eine Angelegenheit des gesamten Parlaments und aller Abgeordneten - und geht damit nicht nur die Abgeordneten der Grünen etwas an. Es kann nicht akzeptiert werden, daß Abgeordnete mit ihrer gesamten parlamentarischen Existenz zu Marionetten von Parteibeschlüssen gemacht werden. Gelingt es den Grünen, dieses zu realisieren, kann dies auch bei anderen Parteien die Tendenz zur Einengung der freien Abgeordnetentätigkeit (wenn auch in anderen äußeren Formen) verstärken. Die Rotation geht an die Substanz der parlamentarischen Demokratie, weshalb man gerade als Abgeordneter nicht einfach zusehen kann, wie bei Abgeordneten-Kollegen der Artikel 38 des Grundgesetzes mit Füßen getreten oder verlogen mit ihm umgegangen wird.

P.S. Kritikern des Rotationsbeschlusses wird oft gesagt, man solle diese Fragen politisch und nicht rechtlich lösen, und man solle die Regelung dieser Frage den Grünen allein überlassen. Aber die praktische Umsetzung von Verfassungsartikeln obliegt nicht der Beliebigkeit einzelner Parteien, und außerdem sind Fragen des Verfassungsrechts in höchstem Maße politische Fragen.

(-/29.1.1985/rs/ks)

+ + +



"Kontaktsperre" zur Opposition

CSU-Staatsregierung will nicht, daß Ministerialbeamte mit der SPD "verkehren"

Von Hans Werner Loew MdL

Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Seit Monaten müht sich die bayerische CSU-Staatsregierung um eine Entscheidung, ob Ministerialbeamte in SPD-Arbeitskreisen von Fall zu Fall zu einschlägigen Tagesordnungspunkten als fachliche Gesprächspartner auftreten dürfen. Dieses Problem scheint so schwer lösbar, daß die Entscheidung auf Kabinettssebene gehoben wurde - bislang allerdings ohne Ergebnis. Wer im einzelnen alles über der Entscheidung brütet, ist der Opposition unbekannt. Allerdings dürfte eine ganz besondere Rolle dabei Finanzminister Streibl spielen, der sich mit einer souveränen Haltung gegenüber der SPD-Landtagsfraktion besonders schwer tut.

In den bayerischen Ministerien arbeiten anerkannt fachkundige Beamte. Sie dienen dem Wohl des ganzen Volkes, sind nicht einer Partei verpflichtet oder einer Mehrheitsfraktion. Es liegt daher nahe, daß die Arbeitskreise der SPD-Landtagsfraktion von Fall zu Fall die zuständigen Referenten aus den Ministerien zu einschlägigen Tagesordnungspunkten als Berichterstatter und zu Fachgesprächen in den Landtag bitten. Bei einigen Ministerien funktionierte dieses an sich selbstverständliche Verfahren auch reibungslos. Bei anderen Ministerien ergaben sich immer wieder Schwierigkeiten.

Als Hauptargument wurde angeführt, die politische Diskussion mit oder ein ministerieller Bericht gegenüber der Landtagsopposition sei prinzipiell "Chefsache", also auf der Ebene des Ministers oder des Staatssekretärs abzuwickeln. Unabhängig einmal von der Tatsache, daß in Detailfragen die Ministerialbeamten meist sachkundiger sind als ihre höchsten Vorgesetzten, ergab sich, daß die Chefs selten oder nie Zeit haben, wenn die Arbeitskreise der SPD-Opposition tagen. Demgegenüber tummeln sich in den CSU-Arbeitskreisen Referenten der einschlägigen Ministerien zu Dutzenden.

Auf ständiges Drängen der Opposition entschloß sich der Finanzminister immerhin, die hochpolitische Frage durch das bayerische Kabinett auf höchster Ebene grundsätzlich entscheiden zu lassen. Die Gretchenfrage heißt also "Kontaktsperre" zur Opposition - Ja oder Nein.

Anfang Dezember erhielt die SPD eine Zusage, daß nun endlich die Entscheidung bevorstehe. Jedoch bedingt durch Weihnachtsferien, Neujahrspause, Neujahrsempfänge und zweimaliges Verschieben des hochbrisanten Punktes von der Kabinettsstagesordnung ist bis heute keine Entscheidung gefallen. Die Arbeitskreise der SPD-Fraktion schieben inzwischen weiter die vorgesehenen Informationstermine mit Beamten der Ministerien vor sich her.

Allgemein besteht jedoch die Hoffnung, daß mit anhaltender Vorfrühlingswitterung das Kabinett bis Frühjahrsbeginn eine positive Entscheidung fällt.

(-/29.1.1985/rs/ks)

+ + +



D O K U M E N T A T I O NBruno Kreisky: Sozialismus bedarf neuer Identifikation  
-----

Große Beachtung fand in Indien die Rede, die Altbundeskanzler Bruno Kreisky kürzlich bei der Überreichung des Nehru-Preises für internationale Verständigung in Neu-Delhi hielt. Wir veröffentlichen nachstehend den zweiten Teil dieser in Englisch gehaltenen Ansprache, in der sich der SPÖ-Ehrenvorsitzende mit der allgemeinen Weltsituation befaßt, nachdem er im ersten Teil ausführlich die Persönlichkeit Nehrus und seine Bedeutung für die Geschichte Indiens gewürdigt hatte. Der Wortlaut:

Es war Nehru, der mich drängte, das Problem der Entwicklungshilfe mit besonderem Interesse zu studieren, was schließlich zur Schaffung des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen führte.

Es war Nehru, der mich auf die wichtigen politischen Folgen der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit hinwies, und seit damals - das kann ich wohl sagen - war ich in seinem Geist unermüdlich tätig. Jetzt widme ich mich diesem Problem ganz besonders und wurde zum Befürworter einer weltweiten neuen Wirtschaftsentwicklungspolitik.

Während der letzten Jahrzehnte hat Indien eine wichtige Rolle in der Weltpolitik gespielt und muß sie im Interesse des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit weiter spielen. Alle von uns, die für diese Ziele eintreten, können auf Indiens Teilnahme nicht verzichten. Bedeutsame Probleme liegen vor uns, und wir haben nicht viel Zeit, um sie zu lösen.

Zuerst und vor allem muß die Welt vor der furchtbaren Katastrophe eines neuen Krieges bewahrt werden, eines Krieges, der alles Leben auf diesem sich drehenden Planeten, unsere Erde, auslöschen würde. Sollte das einmal passieren, dann würde das eintreten, was ein amerikanischer Wissenschaftler kürzlich sagte: Die Überlebenden werden die Toten beneiden.

Sollte es uns gelingen, diesen Krieg zu vermeiden, wird es unser wichtigstes Ziel sein, eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu schaffen, indem wir eine neue Beziehung zwischen den reichen Ländern und den fast entwickelten und den Entwicklungsländern auf zweifache Weise herstellen. Dies wird eine sehr unterschiedliche Politik erfordern, weil sie anders sein muß gegenüber den Ländern, die bereits die Schwelle zur Industriegesellschaft überschritten haben, und gegenüber jenen, die in ihrer Entwicklung hinter 1977 zurückgeworfen wurden.

Ein Schlüsselproblem der reichen Länder wird der Kampf zur Lösung einer enormen Arbeitslosenkrise sein, die neue Wirtschaftsideen erfordert. Die derzeitige Prosperität wird nicht zu einer wirklichen Verringerung der Arbeitslosigkeit führen, und schließlich müssen wir einen Weg zur weltweiten Entspannung mit Hilfe vertrauensbildender Maßnahmen finden. Andere große Aufgaben warten mit großer Dringlichkeit auf uns, zum Beispiel ein Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Ökologie zu finden, oder um ein anderes Beispiel zu geben, der demokratische Sozialismus wird in der unmittelbaren Zukunft eine neue Identifikation finden müssen, um der Gefahr, durch andere Bewegungen geschwächt zu werden, zu entgehen. Sonst wird er nicht mehr länger imstande sein, so wie in der Vergangenheit auch weiterhin seine wichtige Rolle in den Demokratien der Welt zu spielen.

So sehen Sie, daß eine Menge für jene von uns zu tun bleibt, die über die Zukunft besorgt sind. Das sind alles Probleme von drängender Wichtigkeit und für jemanden, der so alt ist wie ich, ist es traurig, zu erkennen, daß man nur eine begrenzte Zeit hat, um zur Lösung dieser Probleme beizutragen, wie ich es seit mehr als 50 Jahren versucht habe.

In aller Bescheidenheit kann ich sagen, daß ich diese Auszeichnung mit tiefer Gefühlsbewegung entgegennehme, und ich verspreche, daß ich während der Jahre, die mir noch gegeben sind, weiter im Geiste Nehrus und der Ideen, die mir den Weg für mehr als ein halbes Jahrhundert gezeigt haben, aktiv sein werde. (-/29.1.1985/rs/ks)

+ + +

